

Singapur

Lee Kuan Yews Vorstellung von Demokratie

Die Modelle der westlichen Demokratien können keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit haben, insbesondere nicht für sich entwickelnde Länder der 3. Welt. Demokratische Systeme und die Beachtung der Menschenrechte dürfen nicht in kolonialer Manier durch Druck der entwickelten Industrienationen auf die Regierungen von Ländern der 3. Welt erzwungen werden, weil damit die Souveränität der Staaten verletzt würde. Und schließlich, Entwicklung sei wichtiger für ein Volk als Demokratie. Diese drei grundlegenden Einstellungen werden in den letzten Jahren immer offensiver von den Regierungen der Länder Malaysia, Indonesien und Singapur zum Ausdruck gebracht. Lee Kuan Yew, Premierminister von Singapur von 1963 bis 1991 und jetzt "Senior Minister" im Kabinett, ist einer der geistigen Väter dieser Haltung. Im folgenden drucken wir einige Auszüge aus einer Rede) von ihm zum Thema ab.*

Können die 178 Nationalstaaten in den Vereinten Nationen alle demokratisch werden? Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen sagt in ihrem Artikel 20,¹⁾ Abschnitt 3, daß der Wille des Volkes die Grundlage der Autorität der öffentlichen Gewalt bildet und daß dieser Wille durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe zum Ausdruck kommt. Dies ist der ideale Standard, der nur von einigen Ländern der 1. Welt erreicht wird. Aber ist er realistisch und erreichbar für alle Länder? [...]

Funktioniert es in der 3. Welt, in Lateinamerika, Afrika, dem Mittleren Osten und Asien? Wie werden diese Länder auf die Überzeugungsversuche und den Druck über Entwicklungshilfe reagieren?

Indonesiens Reaktion auf den Druck des holländischen Entwicklungsministers, mit Entwicklungshilfe Menschenrechte durchsetzen zu wollen, war, die Hilfe abzulehnen. [...] Indonesien geht lieber seinen eigenen Weg ohne Hilfe, als daß es sich dem Druck der Holländer in Fragen

*) "Democracy and Human Rights for the World", Rede von Lee Kuan Yew bei der Gründung des Asahi Forum am 20.11.92 in Tokyo, veröffentlicht in: Singapore Government Press Release No. 25/November. Die Zahlen in Klammern hinter den jeweiligen Abschnitten gibt die Seitenzahl im Text an. Auswahl und Übersetzung aus dem Englischen von P. Franke.

von Demokratie und Menschenrechte aussetzt. Als die Europäische Gemeinschaft 1991 versuchte, Menschenrechte in das neue Kooperationsabkommen zwischen der EG und ASEAN einzufügen, lehnte ASEAN das sofort ab. Später legte Portugal wegen der Menschenrechtsverletzungen Indonesiens in Ost-Timor ein Veto gegen das neue EG-ASEAN Abkommen ein. Es ist fraglich ob der Druck Wirkung zeigen wird. [...]

Die Geschichte der Demokratie in den entwickelten Ländern stellt sich als langsamer, geradezu eiszeitlicher Prozeß



Lee Kuan Yew

aus: Asia Yearbook 1989 (FEER), S. 213

dar. (2-3) [...]

Was in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich 200 Jahre brauchte (die Verfassung, d.Ü.), um sich zu entwickeln, sollte in den neuen Ländern (der 3. Welt, d. Ü.) ohne die wirtschaftlichen, bildungsmäßigen und sozialen Voraussetzungen ihrer Unabhängigkeit vom Moment an funktionieren, wo es doch in der ganzen Zeit der kolonialen Vormundschaft keine Wahlen und keine demokratische Regierung gab.

Das Bestehen einer "bürgerlichen Gesellschaft" (civic society) ist eine Vorbedingung für eine demokratische Regierung. Eine bürgerliche Gesellschaft beinhaltet eine Reihe von Institutionen zwischen Familie und dem Staat, dem die Bürger angehören, wie unabhängige Vereinigungen, religiöse Institutionen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Bewegungen zur Förderung bestimmter gemeinsamer Interessen, wie die grüne Bewegung oder die Lobby usw. (5) [...]

Wenn wir versuchen, diese Bedingungen für die Länder in Asien anzuwenden, werden wir verstehen, warum die asiatische Demokratie solch eine vielfältige, buntscheckige Geschichte hat.

Nehmen wir Thailand: Im Mai dieses Jahres (1992) haben wir gesehen, wie Bangkoks 7 bis 8 Mio. Bevölkerung bereit war, ihren Unmut gegen ein Militärregime zu zeigen, dessen Putsch es im Jahr zuvor akzeptiert hatte. Aber sie waren nicht damit einverstanden, daß General Suchinda – ohne gewählt zu werden – Premierminister wurde, oder das war zumindest der vorgegebene Grund. Das Problem war, daß die Opposition und der Unmut von 7 bis 8 Mio. Menschen in Bangkok nicht von den anderen 50 Mio. Thais in der Provinz geteilt wurde. Bangkok war nicht gegen Suchinda, weil er nicht gewählt worden war, sondern weil es das Gefühl hatte, daß das Militär selbst nicht ehrlich ist und es eine ehrliche Regierung wollte. [...] Als Anand Panyarachun zum Premierminister ernannt wurde, erhielt er breite Unterstützung, und kein Protest regte sich. Aber er war auch nicht gewählt. Er hatte in der Tat an keiner Wahl teilgenommen und hatte öffentlich erklärt, daß er es auch nicht wolle. [...] In den September-Wahlen konnten die Pro-Demokratie-Parteien ihre Position nur marginal verbessern, mit insgesamt 185 Sitzen im Parlament, einem Zuwachs von lediglich 23 Sitzen oder 6 Prozent. Die traditionellen großen, zahlenden Parteien behielten ihren Rückhalt in den ländlichen Gegenden des Nordens und in der Zentralebene. Was die Demokratie braucht, um gute Regierungen hervorzubringen, sind grundlegende Verände-

rungen im sozialen Bereich und der Bildung, damit gute Leute wie Anand sich Wahlen stellen und ohne Stimmenkauf oder Einschüchterungen gewinnen werden können. (6-7) [...]

Die Völker aller Länder brauchen gute Regierungen. In einem Land muß es aber erst wirtschaftliche Entwicklung geben, dann kann Demokratie folgen. Mit einigen wenigen Ausnahmen hat Demokratie den neuen Entwicklungsländern keine guten Regierungen gebracht. Demokratie hat nicht zur Entwicklung geführt, weil die Regierungen nicht die nötigen stabilen Verhältnisse und die Disziplin schaffen konnten. Was ist eine gute Regierung? Das hängt von den Werten des Volkes ab. Was Asiaten für wertvoll halten, sehen nicht notwendigerweise Amerikaner oder Europäer als Werte. Die westlichen Werte halten die Freiheiten und Rechte des Individuums für besonders wichtig.

Als Asiate mit chinesischem kulturellem Hintergrund sind meine Werte für eine Regierung, daß sie ihr Volk ehrlich,

erfolgreich und kompetent schützt und allen die Möglichkeit zugesteht, persönlich sich weiterzuentwickeln in einer stabilen und ordentlichen Gesellschaft, in der sie ein gutes Leben führen und Kinder heranziehen können, die es besser als sie selbst haben können. Mit anderen Worten:

a) das Volk ist gut versorgt hinsichtlich Nahrung, Wohnung, Arbeit und Gesundheit;

b) es herrscht Ordnung und Gerechtigkeit in einem Rechtsstaat und nicht die launenhafte Eigenmächtigkeit eines individuellen Herrschers. Es gibt keine Diskriminierung unter den Völkern aufgrund von Rasse, Sprache oder Religion. Keine großen Extreme im Wohlstand;

c) so viele Freiheiten wie möglich, aber ohne Beeinträchtigung der Freiheiten anderer;

d) Wirtschaftswachstum und Fortschritt in der Gesellschaft;

e) gute und sich stetig verbessernde Bildungsmöglichkeiten;

f) hoher moralischer Standard der Herr-

scher und des Volkes;

g) gute physische Infrastruktur, Einrichtungen zur Erholung, für Musik, Kultur und die Kunst; geistige und Religionsfreiheit und ein ausgefülltes intellektuelles Leben.

Nur sehr wenige demokratisch gewählte Regierungen in der 3. Welt können dies Werte aufrechterhalten. Aber das ist es, was ihr Volk will. (10-11) [...]

Die Schwäche der Demokratie ist die fehlerhafte Annahme, daß alle Menschen gleich und fähig zu gleichen Beiträgen für das Gemeinwohl sind.

Das ist ein Dilemma. Bestehen wir auf Idealen, wenn sie nicht in die praktischen Realitäten der Welt hineinpassen, so wie wir sie kennen? Oder machen wir Kompromisse und passen uns den Realitäten an? (18)

Anmerkung:

1) muß richtig Artikel 21 heißen

Kommentar

China-Connection durch die Hintertür

Helmut Kohl in Singapur

"Aufgeräumt" und sogar humorvoll habe er gewirkt, so wußten Beobachter aus Indien über den Bundeskanzler zu berichten. Nach den Gesprächen in Indien, die eine "neue Qualität" der deutsch-indischen Beziehungen hervorbringen sollten, wurde Helmut Kohl in Singapur erwartet. Eine längst überfällige Höflichkeitsvisite würde es werden, meinten einige, und daß man doch in Deutschland vor lauter Sorge um Osteuropa Südostasien längst vergessen habe. Ähnliches hatte Singapurs graue Eminenz, der ehemalige Premierminister und jetzige Senior Minister, Lee Kuan Yew, in einem Interview 1) von sich gegeben. Vor dem Fall der Berliner Mauer habe er jeden Monat deutsche Wirtschaftsführer und hohe Politiker empfangen, nun sei seit Herbst 1991 keine deutsche Delegation mehr bei ihm zu Gast gewesen

Solche Kommentare geben einen subjektiven Eindruck wieder, der mit den Tatsachen nicht ganz übereinstimmt. Immerhin hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel

erst im November 1992 die Inselrepublik besucht. Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern sind scheinbar subjektive Wahrnehmungen ausschlaggebend. So wurde bei der Pressekonferenz die symbolische Bedeutung des Kanzlerbesuchs hervorgehoben. Sein Kommen demonstrierte, daß Deutschland - noch oder wieder oder jetzt erst recht - "welttoffen" sei! Wohl habe sich die Bundesrepublik in Osteuropa kräftig engagiert, wohl sei Deutschland infolge seiner noch jungen "Einheit in Freiheit" stark in Anspruch genommen, doch wolle man keine "Festung Europa" und verkenne auch nicht, daß Südostasien für die deutsche Wirtschaft an die Spitze der Prioritätenliste gehöre.

Mit 365 in Singapur registrierten deutschen Firmen, Banken und Handelsvertretungen, 2) von denen viele auf der Insel ihr Regionalzentrum für ganz Südostasien eingerichtet haben, läßt sich Singapur unschwer als das Zentrum der deutschen Wirtschaftsinteressen in den ASEAN-Ländern ausmachen. Ein brand-

neues deutsches Industriezentrum, das kleinen und mittleren Unternehmen aus Deutschland die Niederlassung in Singapur erleichtern wird, steht unmittelbar vor der Vollendung. Das wird als Zeichen dafür gesehen, daß trotz des Absinkens der deutschen Investitionen im Jahre 1991 von über 150 Mio. DM auf unter 60 Mio. DM, 3) Singapur mittelfristig das "Sprungbrett" für die deutsche Wirtschaftstätigkeit in Asien bleiben wird.

Alle in Singapur lebenden und arbeitenden deutschen Bundesbürger waren am Faschingsdienstag, der zugleich der erste Tag des islamischen Fastenmonats Ramadan war, zum Kanzler-Empfang geladen. Annähernd zweitausend Gäste, allesamt Bundesbürger und potentielle Wähler, waren im Ballraum des höchsten Hotelgebäudes der Welt versammelt, um ihren Kanzler einmal ganz aus der Nähe zu erleben.

Trotz der Nachwirkungen einer Grippeerkrankung und seiner immer wieder eindrucksvollen Leibesfülle betrat der Kanzler mit einer gewissen Leichtigkeit das Podium und wirkte gut aufgelegt, wie jemand, der spürt, daß ihm die Zuhörer gut gesonnen sind.

Mit wenigen Einleitungsworten gelang es Helmut Kohl, die Anwesenden ins Vertrauen zu ziehen. Er traf den richtigen Ton, als er in gewohnter Manier dazu aufrief, in Deutschland "die Fähigkeit zur Leistung" zu steigern. Für diesen Appell sind Deutsche empfänglich, die hautnah die extreme Leistungsorientiertheit der modernen asiatischen Gesellschaften erfahren. Der Bundeskanzler war sich seiner Sache sicher: Hier hatte er es mit Menschen zu tun, die durch das dynamische Wachstum der Volkswirtschaften